

# **Entwurf Rede Bernward Schlossarek, zur Aktuellen Stunde „Bekenntnis der Region Hannover zur Menschenwürde, Demokratie und zum Rechtsstaat – Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“**

in der Regionsversammlung am 06. Februar 2024

- Es gilt das gesprochene Wort –

---

Sehr geehrter Herr Regionspräsident,  
sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Mitglieder der Regionsversammlung,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das im Jahr 2012 veröffentlichte Buch von dem Autor Timur Vermes und die dazugehörige Verfilmung mit dem Titel „Er ist wieder da“, erscheinen vor dem, was von Correctiv über das sog. „Potsdamer Treffen“ von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung Ende 2023 herausgefunden wurde, als dunkle Prophezeiung.

Meine erste Reaktion über das, was da ans Tageslicht gebracht wurde, war großes Entsetzen. Man fühlte sich beinahe an die dunkelsten Stunden unserer Geschichte erinnert, getreu dem Motto „Sie sind wieder da“.

Dass sich bei einem Geheimgespräch AfD-Politiker, Neonazis und Unternehmer getroffen haben, um die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland zu besprechen, ist menschenverachtend.

(Leider waren wohl auch zwei „noch“ CDU-Mitglieder anwesend.)

Für uns Christdemokraten in der Region Hannover ist klar: Wer diese Auffassungen teilt oder unterstützt, verstößt erheblich gegen die Grundsätze unserer Partei und unseres Staates. Solches Gedankengut wird bei uns nicht akzeptiert und in aller Konsequenz abgelehnt.

Wer über Vertreibungen nachdenkt, der steht nicht mehr auf dem Boden unserer Demokratie.

Die AfD ist eine putinfreundliche, natofeindliche, europafeindliche, in weiten Teilen rechtsextreme und auch sozialstaatsfeindliche Partei. Vor diesem Hintergrund müssen alle demokratischen Kräfte klare Kante zeigen, um diese Rechtspopulisten und den Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft zu bekämpfen.

Demokraten müssen im Kampf gegen totalitäre Strömungen zusammenhalten.

Aus diesem Grund unterstützen wir auch den Aufruf des Freundeskreises Hannover e.V. zu einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Kirche, Sportvereinen, Politik und Stadtgesellschaft, um gemeinsam ein starkes "Zeichen gegen Rechtsextremismus" zu setzen.

In einer Demokratie ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung. Es geht darum, aktiv Haltung gegen Rechtsextremismus zu zeigen und sich klar gegen Ausgrenzung zu positionieren.

Für die CDU-Regionsfraktion ist klar, dass Rechtsextremismus eine offene, plurale Gesellschaft bedroht und somit das friedliche Zusammenleben aller gefährdet. Diese Ideologie steht im Widerspruch zu den zentralen Werten eines demokratischen Rechtsstaates.

Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung sind Elemente extrem rechter Weltbilder. Daher ist es von großer Bedeutung, sich frühzeitig gegen rassistische und diskriminierende Aussagen zu positionieren.

Das, was von der AfD angestrebt wird, hatten wir vor 1945, nämlich die Differenzierung unter deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die Diskriminierung, die Entrechtung, die Verfolgung und die Vertreibung.

Es darf nie wieder zugelassen werden, dass in Deutschland Menschen nach Herkunft, Aussehen, Religion, Handicap oder irgendeinem Kriterium selektiert werden und damit unser Land ruiniert wird.

Dieses Jahr feiern wir den 75. Jahrestag unseres Grundgesetzes. Es ist traurig, dass offenbar einige Menschen dieses noch nie gelesen haben, denn ganz am Anfang steht ein wundervoller Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Zu diesem Satz stehen wir, wie auch zu allem, was sich daraus ableitet und zu den weiteren Artikeln des Grundgesetzes.

Für diesen Satz kämpfen wir!

Der Deutsche Städtetag hat es in seiner Trierer Erklärung mit folgendem Absatz treffend beschrieben: „In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.“

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: Die Würde des Menschen.“

Ja, Vielfalt ist gelegentlich anstrengend, sie fordert uns heraus, aber Vielfalt ist für unser Land extrem wichtig, denn dank ihrer wachsen wir auch. Dass mehrere hunderttausend Menschen mittlerweile aus dieser Überzeugung auf die Straße gehen und demonstrieren, unterstreicht dieses.

Selbstverständlich muss man aber auch mal zugeben, dass Fehler gemacht wurden. Es gilt jetzt diese sich einzugestehen und nunmehr gemeinsam geschlossen zu handeln.

Freya von Moltke sagte zum Untergang der Demokratie von Weimar kurz vor ihrem Tod mit 99 Jahren: „Was die Deutschen damals verloren hatten, war das Gefühl dafür, dass sie für ihre eigene Gesellschaft verantwortlich sind.“

Wir als Gruppe CDU/FDP haben dieses Gefühl nicht verloren und sehen, dass es vielen in unserer Gesellschaft genauso geht.

Wir stehen zur Menschenwürde in unserem Land,

wir stehen zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung,

wir stehen zum deutschen Rechtsstaat und

wir stehen zur Vielfalt – damals, heute und auch in Zukunft!